

Inhaltverzeichnis

Seiten

Entwurf der geänderten Tagesordnung

3

Entwurf des geänderten Zeitplanes

4 - 5

Tätigkeitsbericht des Landesausschusses

6 - 8

Änderungsantrag Nr. 1 zum Leitantrag

9 - 11

Initiativantrag „DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bleibt bei
Ihrer Forderung: Bildung von Anfang an für alle Kinder“

12 - 13

Antrag „Politische Bildung – Chancen der Politisierung“

14 - 16

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

Tagesordnung (geändert)

**der 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 24. und 25. September 2011 in Magdeburg**

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung, des Zeitplanes)
3. Rede des Landesvorsitzenden
4. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden
5. Rede der stellvertretenden Landesvorsitzenden (AG Programm) zur Einbringung des Leitantrages
6. Aussprache zum Leitantrag
7. Bericht des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
8. Bericht der Mandatsprüfungskommission
9. Beschlussfassung zum Leitantrag
10. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
11. Rede der Parteivorsitzenden
12. Wahl der/des Landesvorsitzenden
13. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
14. Wahl der/des Landesgeschäftsführers/in
15. Wahl der/des Landesschatzmeisters/in
16. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
17. Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
18. Aussprache zum Bericht
19. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Bundesausschusses für 2012/2013
20. Weitere Anträge
21. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

Zeitplan (geändert)

**der 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 24. und 25. September 2011 in Magdeburg**

Samstag, 24.09.2011

10.00 Uhr	Eröffnung
10.10 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages - Bestätigung der Tagesordnung, des Zeitplanes
10.20 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden
11.00 Uhr	Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden (Generaldebatte)
12.00 Uhr	Mittagspause
13.00 Uhr	Rede der stellvertretenden Landesvorsitzenden zur Einbringung des Leitantrages
13.30 Uhr	Aussprache zum Leitantrag und Fortsetzung der Generaldebatte sowie Einbringung der Berichte
14.50 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
15.00 Uhr	Beschlussfassung zum Leitantrag/ Bestätigung der Berichte und Entlastung
15.30 Uhr	Rede der Parteivorsitzenden
16.00 Uhr	Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
16.15 Uhr	Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden und Pause
16.45 Uhr	Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl des/der Landesvorsitzenden
16.50 Uhr	Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
17.20 Uhr	Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
17.35 Uhr	Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl der/des Landesgeschäftsführers/in
17.45 Uhr	Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl der/des Landesschatzmeisters/in
17.55 Uhr	Bekanntgabe der Wahlergebnisse der stellvertretenden Landesvorsitzenden

133 18.00 Uhr Wahl der/des Landesgeschäftsführers/in und der/des
 134 Landesschatzmeisters/in und Pause
 135 18.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die/den
 136 Landesgeschäftsführer/in und die/den Landesschatzmeister/in
 137 18.40 Uhr Vorstellung der KandidatInnen für den Landesvorstand (Liste zur
 138 Sicherstellung der Mindestquotierung)
 139 19.40 Uhr Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung für den
 140 Landesvorstand
 141 20.00 Uhr Ende des ersten Beratungstages
 142
 143
 144 Sonntag, 25.09.2011
 145
 146 09.00 Uhr Fortsetzung der Beratung, Bekanntgabe der Wahlergebnisse
 147 09.10 Uhr Vorstellung der KandidatInnen für die gemischte Liste zur Wahl des
 148 Landesvorstandes
 149 10.10 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
 150 10.15 Uhr Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion
 151 10.45 Uhr Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand
 152 11.00 Uhr Aussprache zum Bericht des Fraktionsvorsitzenden
 153 11.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die gemischte Liste
 154 11.40 Uhr Fortsetzung der Aussprache zum Bericht des Fraktionsvorsitzenden
 155 12.00 Uhr Mittagspause
 156 13.00 Uhr Aufstellung der KandidatInnen für die Landesfinanzrevisions-
 157 kommission (mind. 3), Landesschiedskommission (mind. 6), den
 158 Bundesausschuss (4 + 2)
 159 14.00 Uhr Wahlgänge
 160 14.20 Uhr weitere Anträge
 161 14.45 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Gremien
 162 15.15 Uhr Schlusswort
 163
 164
 165
 166
 167
 168
 169
 170
 171
 172
 173
 174
 175
 176
 177

Tätigkeitsbericht des Landesausschusses 2010/2011

an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Schwerpunkte der Arbeit des Landesausschusses 2010 - 2011 waren die intensive Diskussion zum Programm der Partei und die Verständigung zur Landtagswahlkampagne. Ständige Themen waren die Situation in der Gesamtpartei und den Kreisverbänden Sachsen-Anhalts, aktuelle Vorhaben des Landesverbandes sowie Finanzfragen.

Mit dem vom Landesausschuss initiierten Basiskonvent zur Programmdiskussion am 17. September 2010 gelang es dem Landesausschuss, eine aktivere Rolle als Gremium des Landesverbandes einzunehmen.

Der Landesausschuss konstituierte sich nach Abschluss der Wahlen seiner Mitglieder in den Kreisverbänden und delegierenden Gliederungen am 20.03.2010 in Magdeburg. Er wählte Frank Baier zum Vorsitzenden und Antje Kellner zur stellvertretenden Vorsitzenden des Landesausschusses und gab sich eine Geschäftsordnung.

In ausführlicher Debatte verständigte sich der Landesausschuss zur Situation in der Partei vor dem Rostocker Bundesparteitag einschließlich des Personalvorschlages, des Mitgliederentscheids und der Initiative zum alternativen Mitgliederentscheid. Die Mehrheit der Landesausschuss-Mitglieder sprach sich dafür aus, dass eine Einzelabstimmung sinnvoller gewesen wäre. Besondere Kritik wurde an der geplanten Installierung einer doppelten Bundesgeschäftsführung und den geplanten Parteibildungsbeauftragten geübt.

Der Landesausschuss diskutierte zudem das geplante Verfahren zur Listenaufstellung zu den Landtagswahlen, das eine aktive Einbeziehung des Landesausschusses vorsah und beschloss die Zustimmung zu diesem Verfahren.

Beraten und mehrheitlich bestätigt wurden der Rechenschaftsbericht des Landesverbandes 2009 und der Finanzplan des Landesverbandes für 2010. Zudem verständigte sich der Landesausschuss zu Informationen des Landeswahlbüros zur Vorbereitung der Landtagswahlkampagne.

In seiner Beratung am 04.06.2010 diskutierte der Landesausschuss zunächst erneut Finanzfragen des Landesverbandes. Beschlossen wurde die Kenntnisnahme des Jahresabschlusses und die Zustimmung zur Verwendung des Überschusses. Einstimmig beschlossen wurde zudem die Zustimmung zum Finanzplan des Landesverbandes.

In ausführlicher, intensiver und überwiegend kritischer Debatte verständigte sich der Landesausschuss zum Entwurf des Parteiprogramms.

Der Landesausschuss beschloss, zu einem Basiskonvent zur Programmdebatte einzuladen, mit dem Ziel, zu vier Schwerpunkten Kritik und Richtungen möglicher Veränderungen zum Entwurf kollektiv zu formulieren. Der Landesausschuss schlug die Schwerpunkte Demokratie, Eigentum, Regierungsbeteiligungen/“Haltelinien“ und Transformationserfahrungen Ost für diesen Basiskonvent vor. Zu diesen Schwerpunkten wurden Texte zur Beratungsgrundlage zum Programmkonvent erarbeitet.

Am 17.09.2010 fand der Basiskonvent zum Programmentwurf statt. Er bündelte die kritische Betrachtung des Entwurfs zu den selbst gesetzten Schwerpunkten und zeichnete sich durch eine intensive und engagierte Debatte programmatischer Grundfragen aus. Die vorbereiteten Texte wurden vom Programmkonvent als Grundlage notwendiger Änderungen am Entwurf angenommen.

Am 09.10.2010 verständigte sich der Landesausschuss in gemeinsamer Sitzung mit dem Landesvorstand zur Aufstellung der Landesliste zu den Landtagswahlen. Entsprechend dem Beschluss des Landesparteitages 2009 legte der Landesvorstand die Ergebnisse seiner Beratungen zum Personalvorschlag vor, die offen debattiert wurden. Einigkeit bestand in der Zustimmung zum gewählten Verfahren zur Erarbeitung des Personalvorschlages an die VertreterInnenversammlung.

Nach längerer Beratungspause in der Zeit des Landtagswahlkampfes trat der Landesausschuss am 21.05.2011 zur Beratung zusammen. Im Mittelpunkt stand zunächst die Verständigung zur Situation in der Partei und ihre mediale Spiegelung sowie der Stand der Programmdebatte nach Abschluss der Arbeit der Redaktionsgruppe. Der Landesausschuss stimmte der Vorlage zur Kreisvorsitzendenberatung zum überarbeiteten Programmentwurf, der u.a. die Durchführung zweier regionaler Basiskonferenzen vorsah, zu.

Der Landesausschuss verständigte sich zur Vorgehensweise des Landesvorstandes zur Einreichung der Landesliste zur Landtagswahl und beschloss einstimmig, diese zu unterstützen. Der Landesausschuss teilt die Position des Landesvorstandes, Begehren zur Korrektur abzuweisen, da das Vorgehen die einzig wahlrechtskonforme Variante war.

Zudem beschäftigte sich der Landesausschuss mit der Skizze zur Mitgliedergewinnung und Personalentwicklung, die die Landesgeschäftsführerin vorgelegt hatte. Der Landesausschuss schließt sich der Vorlage an und wird in der Projektgruppe mitarbeiten.

Einstimmig beschloss der Landesausschuss die zustimmende Kenntnisnahme des Finanzrechenschaftsberichtes 2010 und des Jahresabschlusses 2010 sowie die Zustimmung zu Änderungen im Finanzplan 2011 einschließlich der Nutzung von Mitteln aus Überschuss und Rücklagen.

Schwerpunkt der Beratung des Landesausschusses am 20.08.2011 war wiederum die Programmdebatte. Der Landesausschuss debattierte den Stand nach Erarbeitung des Leitantrages zum Erfurter Parteitag sowie den vorliegenden Leitantrag zum Landesparteitag einschließlich des Änderungsantrages zum Punkt öffentlich geförderter Beschäftigung. Neben kritischen Bemerkungen zum Programmentwurf überwog in der Debatte die Zustimmung zu den Intentionen des Leitantrages an den Landesparteitag.

Zu seiner letzten Beratung der Legislatur wird sich der Landesausschuss am 03.12.2011 treffen.

Der Landesausschuss der zweiten Wahlperiode des Landesverbandes der LINKEN hat sich seinen satzungsgemäßen Aufgaben als Konsultativgremium im Landesverband gestellt und ist dieser insbesondere durch seine Mitwirkung an der Programmdebatte und der Verständigung zu jeweiligen aktuellen Fragen der Partei gerecht geworden. Hilfreich für die Erfüllung der Konsultativfunktion war die regelmäßige Teilnahme direkt gewählter Vorstandsmitglieder und die enge Abstimmung mit der Landesgeschäftsstelle.

Änderungsantrag Nr. 1 zum Leitantrag

Antragsteller (siehe unten)

21. September 2011

An die Partei DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Wir stellen an die 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-
Anhalt am 24. und 25. September 2011 in Magdeburg den **Änderungsantrag**,
anstatt der Vorlage des Landesvorstandes

„Freiheit und Sozialismus
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zum Programmentwurf“
vom 9. August 2011

den

Beschluss des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE,
21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt,

zu übernehmen.

Antragsteller:

Bianca Görke (Staßfurt), Nicola Hoppe (Aschersleben), Margrit Niethardt
(Aschersleben), Hans Jürgen Hedermann (Aschersleben), Mario Kühne (Maisdorf),
Harald Koch (Sangerhausen), Siegfried Niethardt (Aschersleben), Detlef Belau
(Naumburg), Martin Hagenau (Naumburg), Wolfgang Menzel (Aschersleben) und
Holger Hüttel (Sangerhausen).

Begründung:

Erstens. Im vorliegenden Leitantrag des LV heißt es: „DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
setzt sich darum dafür ein, das Konzept des Öffentlich geförderten
Beschäftigungssektors (ÖBS) weiter zu entwickeln und im Programm zu verankern.“
(Zeile 668-670) Wir erkennen in den vorliegenden Ausführungen gute Absichten,
interessante Überlegungen und Denkansätze (Zeile 672-705). Aber wir bemängeln,
dass diese nicht mit den praktischen Erfahrungen in Sachsen-Anhalt und Thüringen
konfrontiert und überprüft werden. Die dargelegte Position zum ÖBS folgt im Prinzip
der bereits geäußerten Auffassung (Rosemarie Hein 18.6.2011), dass diese den
alten Konzepten mit ABM überlegen sei. Tatsächlich bedeutet aber „öffentlich
geförderte Beschäftigung“, „Bürgerarbeit (gegenüber ABM, MAE Entgeltvariante,
selbst gegenüber Ein-Euro-Jobs) für die Betroffenen eine Verschlechterung – in
jedweder Hinsicht“ und wird „von uns zu recht als Null-Euro-Jobs bezeichnet“ (ver.di
Sachsen-Anhalt 2011). Wir teilen deshalb die mit dem Leitantrag des
Landesvorstandes vorliegende politische Beurteilung des ÖBS nicht.

356
357 Wahrscheinlich wird man die Massenarbeitslosigkeit nicht ohne einen ÖBS senken
358 können. Aber in der vorliegenden Form bietet er keine reale Chance für eine
359 dauerhafte Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Bedingungen sind unfair
360 ausgestaltet. Oftmals liegt das Entgelt unter der Mindestlohn-Forderung! In
361 Sachsen-Anhalt/Thüringen wurde Bürgerarbeit mit 5,46 Euro pro Stunde vergütet
362 (nach DGB 2010). Damit nimmt die Beschäftigung im ÖBS den Charakter von
363 Niedriglohnarbeit mit all seinen Folgen (Rente, Armut) an. Die Entlohnung stellt
364 keinen Leistungsanreiz dar, wohl aber eine „sanfte Version von Pflichtarbeit“ (DGB).
365 Nach Einschätzung von ver.di Sachsen-Anhalt und des DGB sollen derartige
366 Arbeitsmarktangebote den Druck erhöhen, um eine Beschäftigung am regulären
367 Arbeitsmarkt zu noch niedrigen Löhnen zu akzeptieren.

368
369 Die der Bürgerarbeit oft vorgeschaltete „Aktivierungsphase“ dient zur Überprüfung
370 der Arbeitsbereitschaft (Vgl. DGB 2010). Dies verschleiert die Ursachen der
371 Massenerwerbslosigkeit, die eine Folge gesellschaftlich veränderter Arbeit ist.

372
373 In Ostdeutschland kommt nur ein ganz kleiner Teil durch den ÖBS dauerhaft in eine
374 tariflich entlohnte Beschäftigung. Dafür ist eine ganze Armutsindustrie mit
375 Kleiderkammern, Suppenküchen, Möbelbörsen und Tafeln entstanden, die nun den
376 Ersatz für die Ein-Euro-Jobs fordert. In diesem Zusammenhang halten wir es für
377 bemerkenswert, dass die Kritik – gigantische Bürokratisierung, Kommerzialisierung
378 des ehrenamtlichen Sektors, Aufbau eines modernen Arbeitshauses, Verfestigung
379 des Zweiklassensystems von Arbeit – von Arbeitsmarktspezialisten der
380 Gewerkschaften aus dem Jahre 1998 an der Bürgerarbeit durch die jüngsten
381 Erfahrungen bestätigt wurde. (Vgl. Bäcker)

382
383 Im Sinne der in der Beschlussvorlage des Landesvorstandes geforderten „Garantie
384 individueller Freiheitsrechte“, kommt es darauf an, die Allgemeine Erklärung der
385 Menschenrechte vom Dezember 1948, Artikel 23, Absatz 1, „Jeder Mensch hat das
386 Recht auf Arbeit ...“ in Verbindung mit Absatz 3, „Recht auf gleichen Lohn für
387 gleiche Arbeit“, in der Praxis endlich zu gewährleisten, das heißt zu erkämpfen.

388
389 Zweitens. Der vorliegende Beschluss des Landesvorstandes formuliert: „DIE LINKE
390 kämpft für die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse mit dem Ziel der
391 Erneuerung der Demokratie.“ (Zeile 618-619) Hier wird das Verhältnis von
392 wirtschaftlicher und politischer Macht ausgeklammert, das heißt unterschätzt, was
393 allen Erfahrungen widerspricht, die wir mit Parteispenskandalen, dem völlig
394 überzogenen Einfluss des Arbeitgeberverbandes und dem Lobbyismus usw.
395 gesammelt haben. Hingegen löst der Leitantrag des Bundesvorstandes vom 2./3.
396 Juli 2011 diese programmatische Frage ganz passabel mit den Worten: „Eine
397 entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die
398 Eigentumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die
399 Entscheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen statt am Wohl

der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt.“ (Zeile 1009-1013)
Drittens. Die Überschrift „Freiheit und Sozialismus“ ist aufgrund von einigen Sachverhalten desorientierend. Solange in der Europäischen Union und besonders in Sachsen-Anhalt hohe Arbeitslosigkeit herrscht, ist die Freiheit von vielen Lohnabhängigen gefährdet! Bei ihnen dominiert nicht das Freiheitsgefühl, sondern die Angst vor sozialem Abstieg, Deklassierung, wirtschaftlicher Not und Zerstörung der Familien. All das sind Merkmale der Unfreiheit. Zudem wird die Freiheit vieler Bürger durch unwürdige Bedingungen der Leiharbeit und dem Trend der Verarmung beschädigt. Der demokratische Sozialismus erstrebt die Beseitigung dieser Unfreiheiten, deshalb sollten wir eher das Motto „Freiheit durch Sozialismus“ wählen.

Im August 2011 hat die Gruppe „Freiheit und Sozialismus“ - siehe <http://www.freiheit-und-sozialismus.de> - die Überschrift des Leitantrages mit unsäglichen sprachlichen Entgleisungen beschädigt.

Mit solidarischen Grüßen
Die Antragssteller

Bäcker, Gerhard und Ute Klammer: Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strukturempfehlung der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission. In: WSI Mitteilungen, 6/1998

„Bürgerarbeit“ - öffentlich geförderte Beschäftigung oder Pflichtarbeit. In: Arbeitsmarkt aktuell. DGB. DGB Bereich Arbeitsmarktpolitik, Nr. 03/ 2010

Bürgerarbeit: Wie weiter? ver.di Bezirkserwerbslosenausschuss, Sachsen-Anhalt Süd Donnerstag, 10. März 2011

Monika Hohmann
Birke Bull

Initiativantrag

**an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bleibt bei ihrer Forderung: Bildung von Anfang an für alle Kinder

Damit frühkindliche Bildung gelingt, müssen in den Kindertagesstätten Sachsen-Anhalts von Anfang an eine gute Qualität der Bildungsangebote, der Zugang aller Kinder zu vielfältigen Lerngelegenheiten sowie gute Arbeitsbedingungen ebenso wie die Verbesserung der Einkommensverhältnisse für qualifizierte und engagierte Fachkräfte gesichert sein.

Das Ziel der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist und bleibt die Wiedereinführung des Ganztagsanspruches im Umfang von 10 Stunden für alle Kinder in dieser Legislaturperiode, um die Chancengleichheit aller Kinder unabhängig vom Status ihrer Eltern zu ermöglichen.

Dafür ist DIE LINKE im Wahlkampf angetreten und letztlich von vielen Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden.

DIE LINKE wird sich als Mitglied im Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ dafür stark machen, dass diese jahrelange Forderung – getragen von vielen BürgerInnen und AkteurInnen in Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden – nun auch umgesetzt wird. Insbesondere die SPD in Sachsen-Anhalt muss hier an ihren Zusagen im Wahlkampf gemessen werden.

Die unverzügliche Einführung des Ganztagsanspruches von 10 Stunden für alle Kinder bleibt unsere vorrangige Forderung. Wenn sich das Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ im Interesse einer gemeinsamen Position auf eine stufenweise Einführung dieses Rechtsanspruches verständigt, wird sich DIE LINKE diesem Weg nicht verweigern. Zeitgleich sind auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern.

Die Kita-Dialog-Veranstaltungen der Landesregierung haben ein weiteres Mal offenbart, dass die optimale Bildung für alle Kinder nur mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher möglich ist.

477 Dazu zählen:

- 478 • eine Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertagesstätten
- 479 • die Anrechnung von Vor und Nachbereitungszeiten auf die Arbeitszeit
- 480 von Erzieherinnen und Erzieher
- 481 • die Freistellungsregelungen für LeiterInnen von Einrichtungen.

482

483 DIE LINKE bekennt sich dazu, im Rahmen der angekündigten Novelle des
484 Kinderförderungsgesetzes erste Vorschläge der Mitglieder des Bündnisses für ein
485 kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt zu unterstützen.

486

487

488 Der Initiativantrag wird durch folgende Delegierte unterstützt:

489

490 Matthias Höhn (Magdeburg)

491 Dagmar Zoschke (LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)

492 Sabine Dirlich (Salzlandkreis)

493 Jutta Hildebrand (LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)

494 Guido Henke (LAG Städtebau und Wohnungspolitik)

495 Evelyn Edler (LAG Städtebau und Wohnungspolitik)

496 Swen Knöchel (Halle)

497 Stefan Gebhardt (Mansfeld-Südharz)

498 Karin Paul (Mansfeld-Südharz)

499 Ute Haupt (Halle)

500 Gudrun Tiedge (Börde)

501 Jenny Schulz (Magdeburg)

502 Henriette Quade (Halle)

503 Uwe Loos (Wittenberg)

504 Helga Paschke (Stendal)

505 Frank Hoffmann (Dessau)

506

507

508

509

510

511

512

513

514

515

516

517

518

519

520

Einbringer_innen:
Landessprecher_innenrat der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt,
Robert Fietzke und Eva Tichatschke

Antrag

**an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

"Politische Bildung – Chancen der Politisierung"

Die Bundeszentrale für politische Bildung begreift laut Selbstverständnis ihre zentrale Aufgabe wie folgt: "[das] Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken". Wenn politische Parteien sich glaubhaft als Interessenvertretung der Bürger_innen verstehen, politisches Interesse und Bewusstsein fördern und politische Willensbildung ermöglichen möchten, dann gehört die politische Bildung der eigenen Mitglieder und Sympathisant_innen genauso dazu wie die Information nach außen.

Ein breites Wissensfundament ist sowohl als Grundstein einer demokratischen Gesellschaft entscheidend, als auch im Hinblick auf die Neumitgliedergewinnung sowie eine Aktivierung bestehender Parteigenoss_innen für politische Beteiligung.

Die Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt in puncto politische Bildung stark auf die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt. Doch gilt es zu hinterfragen, ob das ausreichend sein kann. Auch wenn die RLS eine parteinahe Stiftung ist, darf die Partei ihre Hauptverantwortung gegenüber den eigenen Mitgliedern und Sympathisant_innen nicht vergessen. Vor allem im Bereich der politischen Bildung für Jung- und Neumitglieder ist das Angebot sehr dünn gesät. Oft wurden Regionalkonferenzen (zum Parteiprogramm) als Veranstaltung der politischen Bildung ausgelegt, was äußerlich und zunächst akzeptabel erscheinen mag. Doch gestaltet sich eine Diskussion über programmatische Punkte für einige (Neu-) Mitglieder durchaus schwierig, wenn sie wenig thematisches Vorwissen haben. Wird auf einer Regionalkonferenz beispielsweise zum Absatz "Woher wir kommen, wer wir sind" heftig über die historische Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Opfer der Mauer diskutiert, fehlt Mitgliedern unter 30, wenn sie sich nicht selbst

fleißig belesen haben, oft schlichtweg das Hintergrundwissen und damit die Möglichkeit sich kritisch und dennoch diplomatisch in den Austausch mit Zeitgenoss_innen und ihren individuellen Erfahrungen zu begeben. Gleiches lässt sich auch in Diskussionen in den Basisgruppen, Vorständen oder auf Parteitag beobachten. An dieser Stelle wird ein großes Potential verschenkt: Drei bis vier Generationen treffen in dieser Partei aufeinander. Liebe Genoss_innen, "die Jungen" wollen es wissen, wollen von ihren Erfahrungen lernen. Aber sie wollen eben auch kritische Fragen stellen dürfen, ohne dass ihnen ihr Alter und ihr damit angeblich fehlendes Urteilsvermögen vorgeworfen wird! Bei den oben erwähnten Konferenzen fehlt (im Gegensatz zu Tages- oder Wochenendeseminaren, die sich gezielt mit einer Thematik beschäftigen können) oft schlichtweg der Raum und die Zeit für Diskussionen, die nicht nur an der Oberfläche schürfen. Im Bereich der politischen Bildung unserer Mitglieder liegen die Kompetenzen natürlich nicht nur im Bereich der historischen und sozialkritischen Selbstreflexion. Sowohl in regionalen als auch in landesweiten Arbeitsgemeinschaften wird wertvolle inhaltliche Arbeit zu zahlreichen Themen, von Ökologie über Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik bis hin zu Geschlechter- und Bildungspolitik geleistet, um nur einige Schwerpunkt zu nennen. Deren Reputation in Form von schriftlichen Veröffentlichungen, landesweit angekündigten Veranstaltungen und der Vorstellung bei großen Landesweiten Versammlungen scheint hingegen noch ausbaufähig. Mit den Mitgliedern dieser Arbeitskreise haben wir viele Experten in den eigenen Reihen, auf die für thematische Einführungs- und Vertiefungsveranstaltungen gesetzt werden kann. Des weiteren hat die Linksjugend ['solid] bei der Ausgestaltung thematischer Veranstaltungen auch mit "externen" Referent_innen aus anderen Bundesländern und anderen Organisationen sehr gute Erfahrungen dahingehend gemacht, wobei durch Perspektivenvielfalt und Austausch verschiedenste thematische Zugänge, Erkenntnisse und teilweise auch völlig neue Interessen- und Arbeitsfelder eröffnet werden.

Im Bereich der politischen Bildung (der Jugend) sieht die Linksjugend ['solid] selbstverständlich eine ihrer Hauptaufgaben und versucht durch Bildungsfahrten, Seminare und Workshop-Wochenenden dieser nachzukommen. Sie kann die Verantwortung aber aus Gründen der Ressourcenknappheit nicht allein tragen und aufgrund der Mitgliederzahl beschränkt es sich meist wenige und immer auf dieselben Städte konzentrierte Veranstaltungen, die vielen Mitgliedern allein schon aufgrund weiter Fahrtstrecken kaum zugänglich sind, was keinesfalls der Anspruch linker (Bildungs-)Politik sein kann und darf!

Wir stellen daher den Antrag an den Landesparteitag, den Landesvorstand zu beauftragen:

1. Ein Konzept zur politischen Bildung und den vorhandenen Ressourcen gemeinsam mit dem parteinahen Jugendverband Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt und den Landesarbeitsgemeinschaften(LAG) zu entwickeln und inofgedessen umzusetzen,

2. Im Jahr 2012 ein LAG – Wochenende durchzuführen. Dies bedeutet, dass alle LAG und die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt ein gemeinsames Seminarwochenende veranstalten, an dem es ein buntes Angebot von Seminaren und Workshops geben wird,
3. Es spätestens ab dem zweiten Halbjahr 2012 einen "Bildungskalender" gibt, in dem alle Termine der LAG und der Linksjugend [‘solid] festgehalten und mitgeteilt werden,
4. Weitere Kooperationsmöglichkeiten mit den uns nahestehenden Vereinen und Stiftungen geprüft werden.

Wir bitten daher um Zustimmung der 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.